

<b>Bericht</b>	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend, Schule & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 204 - Zuwanderung und Integration
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Sebastian Goecke 563 - 2759 563 - 8178 sebastian.goecke@stadt.wuppertal.de
	Datum:	07.10.2016
	<b>Drucks.-Nr.:</b>	<b>VO/0785/16</b> öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
<b>25.10.2016</b>	<b>Integrationsrat</b>	<b>Entgegennahme o. B.</b>
<b>Neue Fördermittel im Rahmen des Landesprogrammes "NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus"</b>		

### Grund der Vorlage

Informationen zu neuen Fördermitteln des Landes NRW

### Beschlussvorschlag

Entgegennahme ohne Beschluss

### Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

### Begründung

Das neue Landesprogramm „NRWeltoffen: Lokale Handlungskonzepte gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ eröffnet Optionen, präventive Strategien und Maßnahmen zu entwickeln, diesen Phänomenen entgegen zu wirken. Dies geschieht in einem Zusammenwirken innerhalb zu entwickelnder integrierter Handlungsstrategien, die durch die öffentlichen Institutionen und zivilgesellschaftliche Akteure getragen werden.

Das Landesprogramm will so Optionen schaffen, kommunale Strukturen fördern und weiter entwickeln, die vor Ort ein bewusstes, präventives und zielgerichtetes Agieren gegen rechtsextreme und rassistische Bestrebungen ermöglichen und ein tolerantes, durch gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung geprägtes Handeln fördern. Die Stadt Wuppertal hat eine Interessensbekundung zur

Umsetzung dieses Programmes für Wuppertal beim Land eingereicht. Das Antragsvolumen beläuft sich für 2017 auf 84.000 € (70.000 € Fördermittel des Landes, 14.000 € Eigenanteile Stadt Wuppertal). Eine Weiterförderung des Programmes ist bis Ende 2018 möglich.

Eine Grundlage für die Arbeit im Themenfeld ist in Wuppertal bereits durch das 2001 durch den Stadtrat verabschiedete „Aktionsprogramm für Demokratie und Toleranz“ gelegt. Aktuell ist Wuppertal u.a. im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ hier aktiv. Dieses Programm ermöglicht, kommunale Strategien zu entwickeln und umzusetzen, die zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Themenfeld fördern. Es bestehen aus diesem Programm heraus Vernetzungsgremien (die „Demokratiekonferenz“ und der Begleitausschuss), in denen kommunal Strategien abgestimmt und Projekte im Themenfeld initiiert werden.

Das neue Landesprogramm „NRWeltoffen“ lässt zu, diese Strukturen zu nutzen, auch um Parallelstrukturen zu vermeiden, fordert andererseits Maßnahmen und Strategien zu entwickeln, die neue bzw. zusätzliche Handlungsoptionen eröffnen. Im Unterschied zum Bundesprogramm lässt dieses Programm neben einer Weiterleitung von Mitteln an freie Träger auch die Förderungen kommunaler Einrichtungen und Stellen zu.

Geplant ist, mit den beantragten Fördermitteln besonders kommunale Einrichtungen und Abteilungen zu fördern, um ihnen so Optionen zu eröffnen, additive Maßnahmen und Projekte im Themenfeld umzusetzen. Bedarfe bestehen besonders dahin gehend:

- Angebote herzustellen in bisher wenig bedienten Stadtquartieren. Hier besonders Maßnahmen der interkulturellen Begegnung und Auseinandersetzung mit den derzeit gesellschaftlich breit diskutierten Themen wie Zuwanderung, Integration, Rechtspopulismus.
- Angebote zu entwickeln und herzustellen, die sich an bisher wenig erreichte Zielgruppen richten (Erwachsenen- und Senioren generation, migrantische Communities, quartierbezogenen Nachbarschaften)
- Angebote zur Beteiligung und Auseinandersetzung mit den Themen Demokratie und Wahlen
- Angebote der öffentlichen Sensibilisierung zu den Themen Rassismus / Rechtsextremismus
- Ausbau von Schulungen von Mitarbeiter\_innen im Themenfeld

Angedacht ist im nächsten Jahr 3 Ressorts / Verwaltungsabteilungen jeweils bis zu 15.000 € für Einzelprojekte zur Verfügung zu stellen.

Neben der Förderung additiver kommunaler Angebote soll ein Aktionsfond in Höhe von 25.000 € hergestellt werden, der Freien Trägern ermöglicht, finanzielle Mittel zur Umsetzung eigener Maßnahmen beantragen zu können.

Die 14.000 € werden als geforderter Eigenanteil der Kommune veranschlagt für Personal- und Verwaltungskosten.

Zur Abstimmung einer gemeinsamen kommunalen Strategie und Umsetzung von Maßnahmen im Themenfeld werden die bestehenden Strukturen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“, hier besonders der Begleitausschuss genutzt.